

II. Die Methoden der Hausangestelltenstatistik nebst einigen wichtigen Zahlenergebnissen.

Die Eigenart der häuslichen Arbeitsverhältnisse und der immer fühlbarer werdende Mangel an Hausangestellten macht den Wunsch des Sozialpolitikers begreiflich, mit Hilfe zahlenmäßigen Materials ein möglichst objektives Bild von der Zusammensetzung des Standes der Hausangestellten und seiner sozialen Lage zu erhalten. Für die Gewinnung eines solchen durch die Statistik kommen folgende zwei Wege in Betracht: Es kann entweder gewissermaßen eine großzügige Uebersichtskarte für ein umfangreiches Gebiet skizzenartig entworfen oder für einen kleinen Bereich eine Karte, auf der möglichst alle erwünschten Einzelheiten abzulesen sind, mit peinlicher Genauigkeit gezeichnet werden. Gegen die erste Methode läßt sich im allgemeinen einwenden, daß dabei nur einige besonders interessierende und gleichzeitig statistisch leicht erfassbare Fragen geklärt werden können, gegen die zweite, daß Gefahr besteht, daß aus der Beobachtung eines Teilgebietes irriige Schlüsse auf die Verhältnisse, sei es eines ganzen Landes oder auch nur einer ganzen Stadt, gezogen werden. In Anbetracht dieser Tatsachen darf keine der beiden Methoden als die allein zweckmäßige angesprochen werden; es sind vielmehr, soweit als möglich, beide nebeneinander anzuwenden, damit einerseits durch umfassende Erhebungen große Gesichtspunkte herausgeschält werden und andererseits durch scharfe Einstellung der Beobachtung auf kleine Bilder, die möglichst die typischen Zustände wiedergeben, tiefer in die Einzelheiten des Problems hineingleuchtet wird. Im Folgenden sollen die bisher angewendeten Untersuchungsmethoden im einzelnen unter Hinweis auf ihre Vorzüge und Mängel beschrieben und einige allgemein interessierende Zahlen wiedergegeben werden.

Zur Einführung und zur Erleichterung des Ueberblicks seien einige Zahlen aus der Berufsstatistik vorausgeschickt. Die deutschen Berufs- und Betriebszählungen vor dem Kriege führten die eigentlichen Hausangestellten jeweils in den einzelnen Berufsabteilungen und -gruppen auf, denen der Arbeitgeber angehörte — 1907 wurden im ganzen Reich 1 264 755 solche Personen gezählt — während die Berufsabteilung D unter der Bezeichnung „häusliche Dienste (einschl. persönliche Bedienung) auch Lohnarbeit wechselnder Art“ nur die nicht in die Hausgemeinschaft aufgenommenen, auswärtig schlafenden Hilfskräfte und außerdem Personen, die mit Lohnarbeiten wechselnder Art beschäftigt waren — 1907 insgesamt 471 695 im Hauptberuf Erwerbstätige — umfaßte. Bei der Volks- und Berufszählung von 1916 vereinigte man alle Dienenden in der Berufsabteilung D und zwar so, daß zu der 1. Gruppe die auswärtig schlafenden Hilfskräfte — im Gesetzentwurf für das Hausangestelltenrecht als „Haushaltsarbeiter“ bezeichnet — zu der 2. Gruppe die Personen mit wechselnder Lohnarbeit und zur 3. die eigentlichen Hausangestellten gerechnet wurden. Diese Art der Untergruppierung ist vom Standpunkt des Sozialstatistikers aus sehr zu begrüßen. Die Zählung von 1916 ergab für Bayern — für das Reich als Ganzes wurde das Material nicht verarbeitet — folgende Ziffern: D 1 = 29 169, D 2 = 28 360 und D 3 = 146 113. Die Berufsabteilung zählte

also zusammen 203 642 Personen. Der Anteil der uns besonders interessierenden Gruppe D 3 an der Gesamtbevölkerung ausschließlich der Ausländer belief sich auf 2,3%. Die Gruppe setzte sich zu 99,2 v. H. aus weiblichen Personen zusammen, während die entsprechende Ziffer bei den Berufszählungen von 1882, 1895 und 1907: 97,7 bzw. 98,3 und 98,6 betragen hatte. Es ist daraus ein ständiges verhältnismäßiges Sinken der an sich geringen Zahl von männlichen Personen, die in diesem Berufe beschäftigt waren, ersichtlich. Das Zurückgehen ihrer Anzahl von 1907 bis 1916 läßt sich leicht als Kriegsfolge erklären, da die Zahl der männlichen Hausangestellten durch Einziehung von Hausangestellten zum Kriegsdienst vermindert wurde. Eine zahlenmäßige Vorstellung von den Einwirkungen der Kriegs- und Nachkriegszeit auf die Zahl der Hausangestellten wird an Hand der Ergebnisse der nächsten Berufszählung gewonnen werden können.

Auf Grund der Zahlen früherer statistischer Aufnahmen sind die ersten eingehenden wissenschaftlichen Untersuchungen über das Gesindewesen von Kollmann und Kähler angestellt worden.¹⁾ Kollmann weist auf die mangelhafte Vergleichbarkeit der Zählungen der einzelnen Länder infolge der verschiedenen Fassung des Begriffes „Gesinde“ hin und beschränkt sich im wesentlichen auf eine Darstellung der Verhältnisse in den preussischen Provinzen. Er kommt dabei zu interessanten Ergebnissen bezüglich der Diensthaltung der verschiedenen Stände, worauf gelegentlich noch kurz einzugehen ist.

Das auf das Gesinde bezügliche Material der deutschen Berufszählung von 1882 wurde durch Kähler einer genauen Verarbeitung unterzogen. Dabei wurden das häusliche und das landwirtschaftliche Gesinde getrennt behandelt. Kähler führt an, daß im Jahre 1882 die Gesamtzahl der häuslichen Diensthenten 1 324 924 d. i. 2,9% der Bevölkerung betrug, und somit Deutschland verhältnismäßig eine besonders geringe Zahl von Diensthenten aufzuweisen hatte. Unter diesem Prozentsatz standen von den Ländern, für die ein Vergleich gewagt wurde, nur noch Ungarn mit 2,8% und die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 2,2%. Letztere hatten in Wirklichkeit verhältnismäßig noch bedeutend weniger Diensthenten, weil in den 2,2% auch noch das landwirtschaftliche Gesinde inbegriffen war. Der Hauptgrund für die relativ geringe Zahl der Hausangestellten in den Vereinigten Staaten war in der ausgesprochenen Abneigung der Bevölkerung gegen die mit den häuslichen Diensten verbundene persönliche Abhängigkeit zu suchen. Die sonst aufgeführten Länder haben höhere, zum Teil ganz erheblich höhere Prozentzahlen, z. B. Frankreich 6,8%, England mit Wales 5,5%, Irland 5,1% und Oesterreich 3,5%. Die Erklärung, die Kähler für diese Zahlen gibt, daß die höheren Prozentsätze auf durchschnittlich größere Wohlhabenheit der Bevölkerung zurückzuführen seien, durch welche eine reichlichere Diensthaltung ermöglicht werde, kann für Frankreich und England als wahrscheinlich angenommen werden: für die übrigen Länder dagegen — insbesondere für Irland — muß ihre Richtigkeit bezweifelt werden. Unseres Erachtens spielt hier, ganz abgesehen von der übrigen Struktur der Bevölkerung, von der später noch gesprochen wird, die durchschnittliche Kopffzahl der einzelnen Haushaltungen eine große Rolle; denn es darf vermutet werden, daß bei Ländern, in denen die durchschnittliche Zahl der Haushaltsmitglieder besonders hoch steht, die auf den einzelnen Haushalt entfallende Zahl der Hausangestellten verhältnismäßig geringer ist als in anderen Ländern. Einerseits werden die Familienmitglieder zum Teil in der Hauswirtschaft mithelfen und andererseits wird die Größe der Familie zur möglichsten Sparsamkeit in der Haltung von Hausangestellten zwingen, während z. B. ein kinderloses Ehepaar oder ein Ehepaar mit 1—2 Kindern sich leichter dazu entschließen kann, einen Hausangestellten mehr als unbedingt nötig ist anzunehmen.

¹⁾ f. S. 5, Anmerkung 1 und S. 6, Anmerkung 1.

Auf sichereren Boden treten wir wieder, wenn wir die Zahlen Kählers über die Dienstbotenhaltung in den einzelnen Teilen Deutschlands betrachten. In Süddeutschland war der Prozentsatz der Hausangestellten 1882 geringer als der Reichsdurchschnitt, in Bayern sogar mit 1,7% erheblich geringer, während z. B. das Königreich Preußen sich mit 3,2% über den Durchschnitt erhob. Der Hauptgrund für die Unterschiede ist wohl darin zu suchen, daß die Großstädte eine durchschnittlich höhere Zahl aufweisen, folglich auch diejenigen Gebiete, welche, wie Preußen, besonders viele und volkreiche Städte einschließen. So betrug z. B. für Berlin der Prozentsatz 5,0. Hohe Ziffern, sogar noch höhere als Berlin, zeigen auch die 3 freien Hansestädte, deren Staatsgebiet ländliche Ansiedlungen mit umfaßt, nämlich Hamburg 5,6, Bremen 5,5 und Lübeck 5,2. Bei diesen Städten trifft die vorwiegend städtische Besiedelungsart mit einer offenbaren Wohlhabenheit zusammen. Von den 15 Großstädten, die es 1882 im Reiche gab, waren in 12 Städten 5 und mehr v. H. der Bevölkerung Hausangestellte, nur in 3 Städten betrug der Prozentsatz weniger als 5. Nürnberg steht unter den Großstädten in dieser Hinsicht mit 5,5% an 9., Frankfurt a. M. mit 9,5 an 1. Stelle.

Trotzdem in Deutschland die größeren Städte, in denen die Zahl der Hausangestellten verhältnismäßig sehr hoch ist, stark anwachsen und die für eine vermehrte Haltung von Hausangestellten günstige Wohlhabenheit bis zum Kriege gleichfalls zugenommen hat, ist der prozentuale Anteil der Hausangestellten an der Gesamtbevölkerung seit 1882 ständig gefallen. Während er für Deutschland in diesem Jahre, wie bereits erwähnt, noch 2,9 betragen hatte, sank er bis 1895 auf 2,6 und bis 1907 weiter auf 2,0. Die bayerische Entwicklung weist hingegen ein anderes Bild auf. Die prozentualen Ergebnisse der gleichen Zählungen waren 1,8, 2,4 und 1,8. Im Jahre 1916 wurde sogar eine neue Steigerung auf 2,3 festgestellt. Das Bayerische Statistische Landesamt äußert sich über die scheinbare Verschiedenheit der Entwicklung in Bayern gegenüber dem Reichsdurchschnitt in seinem bereits erwähnten Heft 94 der „Beiträge zur Statistik Bayerns“ folgendermaßen: „Vielleicht wäre in Bayern eine tatsächliche Abnahme der Dienstboten, wenigstens eine relative, bemerkbar gewesen, wenn die Berufszählungsergebnisse nicht unter einem formalstatistischen Mangel litten. Dieser liegt in der Schwierigkeit stets richtiger Einreihung der Einzelpersonen in die richtige Berufsspalte.“

Außer aus der Berufsstatistik läßt sich auch manches Wertvolle aus der fortlaufenden Bevölkerungsstatistik herauslesen. So bietet insbesondere die Statistik der unehelichen Geburten und der Selbstmorde wichtige moralstatistische Daten über den Stand der Hausangestellten. Ferner kommt als Ergänzung der Berufsstatistik noch die Arbeitsmarktstatistik in Betracht. Auf diese Angaben, die sich aus den für die ganze Bevölkerung geführten Statistiken herauschälen lassen, wird später noch — unter Beschränkung auf die Stadt Nürnberg — eingegangen werden.

Neben die statistischen Erhebungen, die sich auf alle Stände bezogen und die Hausangestellten nur nebenbei betrafen, traten seit der Wende des 19. Jahrhunderts Sonderuntersuchungen über den Stand der Hausangestellten und seine soziale Lage. Sie wurden in erster Linie veranlaßt durch die Dienstbotennot, ferner durch die allgemeine Zunahme des Interesses an der wirtschaftlichen Lage und der Lebenshaltung des Standes und nicht zuletzt auch, soweit private Erhebungen in Betracht kommen, durch das Bedürfnis, Zahlenmaterial für gewerkschaftliche Zwecke zur Verfügung zu haben.

Bahnbrechend auf diesem Gebiete der Sozialstatistik wirkte E. Schott durch seinen im 19. Band von Conrads „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“ im Jahre 1900 erschienenen Aufsatz „Der Dienstbotenumwechsel in Mannheim“. In dieser nur etwas über 10 Seiten starken Abhandlung sind die Angaben verarbeitet, die von denjenigen Dienstboten, welche in Mannheim

am 1. April bzw. 1. Oktober 1899 ihren Dienst innerhalb der Stadt wechselten, von auswärts her in Dienst traten oder nach auswärts verzogen, bei der allgemeinen Meldestelle gemacht wurden. Die bei den Anmeldungen von den Dienstboten zu beantwortenden Fragen erstreckten sich auf Herkunft, Alter und Lohn; bei den Abmeldungen war die Fragestellung im wesentlichen auf die Dauer des letzten Dienstverhältnisses beschränkt. In Anbetracht des finanziellen Interesses, das die Dienstboten wegen der Beiträge zur Krankenkasse und Invalidenversicherung an der pünktlichen Betätigung der An- und Abmeldungen hatten, darf angenommen werden, daß die Fälle des Dienstbotenwechsels ziemlich lückenlos erfasst wurden. An den beiden Zielen zusammen verließ fast der 3. Teil der Dienstboten seine augenblickliche Stelle. Es wurde also ein immerhin beträchtlicher Bruchteil der gesamten Dienstbotenschaft auf diese Weise statistisch erfasst.

Schott hat in seinem Artikel die wesentlichen Ergebnisse dieser Befragung nach allen Regeln der Kunst herausgearbeitet. Einige Feststellungen mögen hier aufgeführt werden: Von den Dienstboten, welche am 1. April ihre Stelle aufgaben, nahmen über die Hälfte wieder in Mannheim eine Stelle an. Neben diesem Wechsel innerhalb der Stadt spielt noch der Wegzug der Dienstboten in die Heimat — er lag im April bei über $\frac{1}{4}$ aller Abmeldungen vor, gegen $\frac{1}{6}$ im Oktober — eine wichtige Rolle. Wie aus den Zahlen zu entnehmen ist, war dies vor allem im April der Fall, wohl deshalb, weil zahlreiche Dienstboten im Sommer für den landwirtschaftlichen Betrieb ihrer Eltern benötigt wurden. Die übrigen Anlässe des Austritts, wie Verheiratung oder Erkrankung, fallen dem gegenüber einzeln genommen, nicht sehr ins Gewicht. Ein Berufswechsel, um dies noch zu erwähnen, wurde im April nur in 4 Fällen verzeichnet.

Der Zuzug der Dienstboten von auswärts ist außerordentlich stark. Im April — im allgemeinen hat Schott nur für dieses Ziel die Zahlen angegeben — entfiel fast die Hälfte der Anmeldungen, 49,7%, auf Mädchen, die von auswärts kamen. Sie rekrutierten sich zum Teil aus dem verhältnismäßig entfernten badischen Kreis Mosbach im Odenwald und den an ihn stoßenden württembergischen Oberämtern, während die Mannheim am nächsten liegenden Landstriche, der Kreis Heidelberg und die Pfalz, geringere Ziffern aufwiesen.

Ueber die Dauer des letzten Dienstverhältnisses besagt die Statistik, daß sie im rohen Durchschnitt $8\frac{1}{2}$ Monate betrug, wobei zu bedenken gegeben wird, daß z. B. ein einziges 5 Jahre bestandenes Dienstverhältnis 30, ja 60 kurzfristige aufwiegen könne. Die Angabe, daß nicht einmal ein Fünftel über 1 Jahr in seiner Stelle aushielt, gibt allerdings ein ganz anderes Bild von der Beständigkeit der Dienstverhältnisse als der große Durchschnitt.

Auf die Höhe der Löhne kann hier nicht weiter eingegangen werden. Aus einem Vergleich der Steigerung der Durchschnittslöhne vom 1. April 1899 bis zum 1. Oktober des gleichen Jahres mit der bei der Veranlagung zur Einkommensteuer für 1900 gegen das Vorjahr festgestellten Einkommensmehrung zieht Schott etwa folgenden Schluß, den er für zum mindesten symptomatisch wertvoll erachtet: Die qualifizierte Dienstbotenschaft hat von dem vermehrten Wohlstand Mannheims annähernd in richtigem Verhältnis profitiert, die unqualifizierte nur in sehr abgeschwächtem Maße.

Der Gesamteindruck der besprochenen Erhebung und Bearbeitung ist der, daß mit verhältnismäßig geringem Erhebungsaufwand ein ziemlich zuverlässiges Bild von der Dienstbotenfrage gezeichnet wurde.

Gewisse Ähnlichkeit mit der erwähnten Erhebungsform weisen die Untersuchungen der Statistischen Ämter der Städte Berlin-Schöneberg, Hannover und Halle auf. Diese bedienten sich für vorliegenden Zweck der städtischen Arbeitsnachweise. Hannover benützte außerdem auch noch alles ihm erreichbare Zahlen-

material, wie das der Stellenvermittlung und der Krankenkasse. Ehe wir darauf weiter eingehen, wollen wir noch 4 andere Enqueten behandeln, von denen eine, die im Jahre 1909 in München und Nürnberg durchgeführt wurde, amtlichen Charakter hatte.

Die 1. Enquete, welche die häuslichen Arbeitsverhältnisse betraf, nahm — wenn wir von den Berufszählungen absehen — Neuland in Angriff. Als Anstoß zu der Untersuchung bezeichnet der Leiter und Bearbeiter, D. Stillich, die im Sommer des Jahres 1899 im Westen Berlins abgehaltenen großen öffentlichen Versammlungen, in denen zum ersten Male Dienstboten selbst die Zustände, unter denen sie lebten, schilderten. Diese Reden hätten allgemein bedeutendes Aufsehen und intensive Opposition der interessierten Kreise der Arbeitgeber erregt. Die Ergebnisse der Enquete sind in dem 1902 erschienenen Buch von Stillich „Die Lage der weiblichen Dienstboten in Berlin“ zusammengesfaßt. Der Untersuchung lagen 2 Fragebogen mit je 31 Fragepunkten zugrunde. Der eine war für die „Dienenden“, der andere für die „Herrschaften“ bestimmt. Der 1. Fragebogen erstreckte sich vor allem auf die Personalien der Hausangestellten, die Dauer ihrer Dienstzeit, den früheren und damaligen Lohn, die Arbeitsdauer, die freie Zeit, die Kost und Wohnung. Ferner wurden den Dienstboten u. a. die Fragen vorgelegt, ob sie sich über unrichtige Zeugnisse zu beschweren gehabt und ob sie bei der Erlangung einer Dienststelle schlechte Erfahrungen gemacht hätten. Die beiden letzten Fragen lauteten: „Sind Sie von Ihrer Herrschaft immer gut behandelt worden?“ und „Welche Gründe können Sie angeben, warum nicht mehr Mädchen sich dem häuslichen Dienst widmen?“. Einleitend war der Zweck der Erhebung folgendermaßen charakterisiert: „Aus der Zusammenfassung der erhaltenen Antworten soll sich das Material ergeben, auf Grund dessen ein Urteil über die Lage des dienenden Standes und über die Notwendigkeit einer Regelung des Gesindewesens ermöglicht wird. Ohne möglichst weitreichende Kenntnis der Tatsachen hängen alle zu Gunsten des dienenden Standes vorgeschlagenen Reformen (Verbesserungen) in der Luft“. Im ganzen wurden innerhalb Berlins 9000 solcher Exemplare größtenteils durch Boten zu einem Teil auch durch die Paketfahrt verteilt.

Die gleiche Anzahl für die Herrschaft bestimmter inhaltlich teilweise verschiedener Fragebogen wurde später — die Enquete erstreckte sich über Februar und März 1900 — an Arbeitgeber übersandt, wie wir wohl annehmen dürfen zum mindesten zum Teil an die Arbeitgeber der befragten Hausangestellten. In einer kurzen Vorbemerkung auf dem Fragebogen betonte Stillich, daß seine Enquete dazu dienen solle, die Ursachen der brennenden Dienstbotenfrage bloßzulegen. Die Untersuchung stehe im Dienste keiner Interessengruppe und keiner Partei und solle nur den Tatbestand in wissenschaftlich-objektiver Weise klarstellen. Die Fragestellung weicht, wie bereits angedeutet, in mancher Hinsicht von der ersterwähnten ab. Es kommen Fragen über die Zusammensetzung des Haushaltes und über etwaige Verbesserungsvorschläge für die Neuregelung der Arbeitsverhältnisse hinzu; dafür fallen manche über die Entlohnung der Hausangestellten in früheren Stellen von selbst weg, sodaß der Umfang beider Fragebogen annähernd der gleiche ist. Die letzten 8 Fragen beschäftigen sich mit der Schwierigkeit gute Dienstboten zu finden und fordern zur Stellungnahme zu verschiedenen wichtigen Punkten auf, insbesondere zu den Fragen, wie man diese Not vermindern bzw. beseitigen könne, ob ferner eine bessere berufliche und allgemeine Ausbildung der Dienstboten wünschenswert sei und ob endlich einerseits die Abschaffung der Gesindebücher und etwaige Einführung besonderer Zeugnisse und andererseits die Abschaffung der Gesindeordnungen für empfehlenswert gehalten werde.

Der Fragebogen wurde, wie Stillich auf S. 85 seines Buches selbst erwähnt, von der bekannten sozialpolitischen Zeitschrift „Die Hilfe“ im Gegensatz zu den meisten anderen Zeitungen und Zeitschriften günstig beurteilt, da die Fragen gut ausgewählt und einfach gefaßt seien. Sie wünschte der Enquete zahlreiche Mitarbeiter. Dieser Wunsch ging nicht in Erfüllung. Es beteiligten sich nämlich nur 459 Arbeitnehmer und 187 Arbeitgeber, wenn von 101 unbrauchbaren, zum Teil nicht ernst zu nehmenden Antworten abgesehen wird, an der Erhebung. Außerdem liefen bei dem Veranstalter der Enquete zahlreiche Begleitbriefe ein, die als Material für die Bearbeitung dienten. Das statistische Ergebnis der Enquete stellt sich als äußerst fragwürdig dar, wenn wir bedenken, daß von den rund 59 000 Diensthoten, die in Berlin 1895 gezählt wurden, nur 646, d. s. knapp 1,1 % erfaßt wurden, falls wie anzunehmen ist, in manchen Fällen doppelte Angaben, sowohl von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern vorlagen, sogar noch weniger. Dagegen muß gesagt werden, daß der auf Grund der Zahl der befragten Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erwartende Umfang der Erhebung immerhin großes Interesse für sich hätte beanspruchen können, da ja Fragebogen an 9000 Dienende, also an über 15 % aller Dienenden, wenn wir von den Arbeitgebern ganz absehen, versandt worden waren.

Was waren nun die Gründe des Mißerfolgs? Hinsichtlich der Herrschaften nimmt Stillich an, daß die Gründe, abgesehen von der Beeinflussung durch die Presse im ungünstigen Sinn, in vollkommener Verständnislosigkeit für eine solche Untersuchung, Angst vor Aufdeckung schlechter Zustände und im „absoluten Interessengegensatz zwischen Herrschenden und Dienenden“ zu suchen seien. Objektiver Weise glauben wir noch hinzusetzen zu müssen, daß wohl auch die von Stillich selbst in seiner Einleitung erwähnte, sicher nicht immer leidenschaftslose und objektive Erörterung der Lebensverhältnisse der Diensthoten in den in diesen Jahren stattgefundenen Volksversammlungen und die damit verbundene Agitation manchen Arbeitgeber davon abgehalten haben, Angaben zu machen. Wie erklärt sich aber nun die geringe Beteiligung der Dienenden selbst? Stillich führt vor allem an, daß viele Mädchen den Zweck der Fragebogenbeantwortung nicht erfaßt hätten und daß für viele auch die Ausfüllung der Fragebogen trotz der an sich einfachen Fragen beträchtliche Schwierigkeiten geboten habe. Endlich sei eben auch manchen eine „absolute sich bis zum Stumpfsinn steigende Gefügigkeit“ gegenüber der Herrschaft eigen.

Das hauptsächlichste Bedenken, das man vom wissenschaftlichen Standpunkt aus grundsätzlich gegen solche Enqueten ins Feld führen muß, besteht darin, daß die Befragung sich an die Interessenten — und seien es auch beide Teile — richtet. Eine objektive Beantwortung setzt in derartigen Fällen, wo es sich größtenteils um Fragen des Ermessens handelt, wenn sie nicht sehr vorsichtig abgefaßt sind, eine hohe Selbstzucht und Wahrheitsliebe voraus. Selbst bei Personen, die sich objektiv zu bleiben bemühen, wird die Aussicht, daß das Ergebnis der Untersuchung von Einfluß auf sozialpolitische Maßnahmen ist, die sie direkt oder indirekt betreffen, leicht auf die Antworten abfärben. Ein Vergleich der Angaben beider Teile wird davon bis zu einem gewissen Grade Zeugnis ablegen. Dem gegenüber weist die Sekundärstatistik, d. h. die Herausarbeitung wichtiger sozialstatistischer Angaben aus einem für neutralere Zwecke erhobenen Material den Vorzug vollkommener Objektivität auf. Man wird dabei freilich auf manche Fragen verzichten müssen, allerdings größtenteils auf Fragen, die eben der exakten Massenbeobachtung kaum zugänglich sind.

Aus diesen Erwägungen heraus müssen Fragen des vorliegenden Fragebogens wie „Haben Sie sich über unrichtige Zeugnisse zu beschweren gehabt?“ — auf diese Frage war nur mit ja oder nein zu antworten — und „sind Sie von Ihrer Herrschaft immer gut behandelt worden?“ abgelehnt werden, wenn

sie als statistische Belege dienen sollen. Das Urteil ferner darüber, ob ein Zeugnis richtig oder unrichtig ist, kann u. G. am allerwenigsten demjenigen überlassen werden, den es betrifft. Wir glauben überhaupt annehmen zu müssen, daß sich unter den Dienstboten, welche sich der Mühe einer Beantwortung unterzogen, wenn sie sich auch nach Stillich hauptsächlich aus solchen in gehobeneren Stellen zusammensetzten, bedeutend mehr befanden, die beim Dienen schlechte Erfahrungen gemacht hatten oder gemacht zu haben glaubten und mit ihrem Lose unzufrieden waren, als das im Durchschnitt der Fall war.

In seiner Bearbeitung der Enquete bringt Stillich noch umfangreiches anderweitiges Material zur Dienstbotenfrage bei und verbreitet sich auch über die geschichtliche Entwicklung des Dienstverhältnisses. Leider verlieren seine Ausführungen dadurch stark an Wert, daß in ihnen die wissenschaftliche Objektivität vermisst wird, da nur der Arbeitnehmerstandpunkt Berücksichtigung gefunden hat. Die für die Beurteilung der Dienstbotenfrage wichtige Tatsache z. B., daß nicht selten Arbeitgeber und Arbeitnehmer einander nahestehenden oder gleichen sozialen Schichten angehören, ist, soviel wir sehen, in dem Buche gar nicht gestreift.

Die 2. Enquete über die Arbeitsverhältnisse der Hausangestellten fand im Jahre 1907 in Stuttgart statt¹⁾. Sie war in ihrer ganzen Anlage nur auf einen kleinen Umfang berechnet. Es wurden im ganzen nur 500 Fragebogen verteilt und zwar geschah dies an 2 aufeinanderfolgenden Sonntagnachmittagen in den Stuttgarter Dienstbotenheimen. Die Fragebogen wurden zu einem Teil sofort an Ort und Stelle ausgefüllt, zu einem anderen Teil an den 2 nächsten Sonntagen in die Heime zurückgebracht. Die Zahl der ausgefüllten Bogen belief sich nur auf 224. Schlüsse auf die Gesamtheit können natürlich aus einem so kleinen Material nicht gezogen werden. Der Fragebogen enthielt Fragen über Hauptbeschäftigung, Familienstand, Alter, Arbeitszeit, Sonntagsurlaub, Lohn, Kost und Behandlung, Schlafraum und Gelegenheit zum sonntäglichen Kirchenbesuch. Er beschränkte sich also auf eine geringere Zahl von Fragen, als derjenige der Berliner Enquete. Die letzte Frage über den sonntäglichen Kirchenbesuch, um auf diese besondere Frage einzugehen, wurde von 36 (16%) dahin beantwortet, daß nicht genügend Gelegenheit dazu gegeben werde. Einleitung und Schluß der Broschüre zeigen, daß die Aufforderung an die Dienstboten, sich zu organisieren, Hauptzweck war und die Zahlen gewissermaßen nur Illustrationen zur Lage sein sollten.

Der erste amtliche Versuch, die Hausangestelltenfrage mittels einer Erhebung statistisch zu beleuchten, wurde im Jahre 1909 in den Städten München und Nürnberg unternommen. Den Anlaß hiezu hatten die Petitionen mehrerer Dienstbotenvereinigungen an den Landtag gegeben, welche Forderungen sozialpolitischer Art, vor allem hinsichtlich der Regelung der Arbeitsdauer, enthielten. Bei der eingehenden Behandlung dieser Petitionen in der Abgeordnetenversammlung war nämlich der Wunsch rege geworden, zuverlässiges Zahlenmaterial über die Zustände im Dienstbotenwesen zu erhalten. Nachdem ein solches nicht vorhanden war, hatten sich die beiden Abgeordnetenversammlungen mit dem Ersuchen um Vornahme von Erhebungen an die Staatsregierung gewendet, welche die Anregung an die Stadtverwaltungen der beiden größten bayerischen Städte, München und Nürnberg, zur Äußerung weitergab. Diese erklärten nach Einvernehmung ihrer statistischen Beamten ihre Bereitwilligkeit, worauf vom Statistischen Landesamt in München in Zusammenarbeit mit dem dortigen Städtischen Statistischen Amt ein Fragebogen entworfen wurde. Das Staatsministerium des Innern berief dann

¹⁾ Meher, „Zur Lage der weiblichen Dienstboten in Stuttgart“, 2. Auflage, Ellwangen 1908.

im Februar 1909 eine Konferenz ein, zu der auch Vertreter der zur Mitarbeit in Betracht kommenden Charitativ- und beruflichen Vereinigungen geladen waren. In dieser Sitzung wurde der Inhalt des Fragebogens festgelegt. Er gestaltete sich ziemlich umfangreich, vor allem, da er neben den 18 Hauptfragen noch eine große Anzahl Unterfragen enthielt.

Die ersten Fragen betrafen die persönlichen Daten über die Dienstboten und ihre Dienstherrschaft, ferner die Zusammensetzung des Haushaltes und die Verwendung von unständigen Arbeitskräften in seinem Bereich. Weiter war gefragt, inwieweit die Dienstboten außer zu häuslichen Diensten auch zu Arbeiten für einen etwaigen Geschäftsbetrieb verwendet würden. Die nächsten Fragen behandelten den Lohn und alles, was sonst für die Beurteilung der Entlohnung von Bedeutung war, wie die etwaige Uebernahme der ganzen Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung durch die Herrschaft. Die Fragen 8—13 suchten die Regelung der Arbeitszeit und des Ausgangs zu erfassen. Die letzten 5 Fragen endlich beschäftigten sich eingehend mit der Art des Schlafraumes.

Die Fragestellung zielte — dem unmittelbaren Erhebungszweck entsprechend — insbesondere darauf ab, die Arbeitsverhältnisse, unter denen die Dienstboten arbeiteten, zu charakterisieren, während sie auf die Zusammensetzung des Standes hinsichtlich der Herkunft, Ausbildung und Dienstzeit seiner Mitglieder, wohl absichtlich, um den Fragebogen nicht noch mehr zu belasten, nicht einging. Die Ergänzung des Materials in dieser Richtung erfolgte für München durch eine weitere Erhebung vom März 1914, auf die später noch zurückgekommen wird.

Der Plan der Erhebung von 1909 war folgender: Es sollten zuerst von rund 15% aller Dienstmädchen Fragebogen ausgefüllt werden, die zu diesem Zweck den Dienstbotenorganisationen und Arbeitsnachweisen übersandt worden waren. Auf Grund dieses Materials waren dann die Adressen der Dienstherrschaften festzustellen und auch den Arbeitgebern eine der Zahl der Hausangestellten entsprechende Anzahl Fragebogen — sie unterscheiden sich von denen für die Arbeitnehmer nur durch die Farbe des Papiers — zur Ausfüllung zu übermitteln. Beauftragte des Stadtmagistrates hatten darauf nach Ablauf von 8 Tagen die Formblätter wieder einzusammeln.

Wie gestaltete sich nun der Erfolg der Erhebung? In München waren plangemäß insgesamt 3500 Fragebogen an Hausangestellte, ohne daß diese nach besonderen Gesichtspunkten herausgewählt wurden, hinausgegeben worden; davon waren 3042 ausgefüllt zurückgelangt. Auf Grund der Adressen wurden darauf 4102 Fragebogen an 2877 Arbeitgeber versandt; von diesen kamen 2845 ausgefüllt zurück. Sie stammten von 2270 Arbeitgebern. Die Beteiligung betrug also bei den befragten Hausangestellten 87% und bei den Arbeitgebern 79%. Die Zahl der an Hausangestellte in Nürnberg ausgegebenen Fragebogen belief sich, da man ihre Gesamtzahl auf nicht ganz 10 000 schätzte, auf 1400. Davon wurden nur 569 brauchbar ausgefüllt. Von den auf Grund dieses spärlichen Einzugs an die Arbeitgeber übersandten 569 Formblättern kamen 471 mit entsprechenden Einträgen zurück, während sie in 98 Fällen unausgefüllt oder trotz wiederholten Ersuchens überhaupt nicht zurückgelangten. Ziehen wir in Betracht, daß zu den obigen Zahlen noch 17 Antworten von Arbeitnehmer- und 3 von Arbeitgeberseite hinzuzurechnen sind, die als unbrauchbar von vorneherein ausgeschaltet wurden, so erhalten wir für die Arbeitnehmer eine Beteiligung von nur 41,9%, für die Arbeitgeber eine solche von 83,3%. Im Gegensatz zu München war also die Teilnahme der Hausangestellten an der Erhebung äußerst schlecht, die der Arbeitgeber ungleich besser als die der Arbeitnehmer. In Anbetracht der vollkommenen Unzulänglichkeit des so gewonnenen Materials — auf die Gründe des Mißlingens der Erhebung soll hier nicht weiter eingegangen werden — wurde von einer Ber-

arbeitung für Nürnberg abgesehen. Zum Ersatz dafür wurde im Jahre 1913 auf andere Weise an das mit Hilfe der Statistik zu durchleuchtende Dienstbotenproblem herangegangen. Von dieser Erhebung, die auf Grund der zur Einkommensteuer-
veranlagung ausgestellten Lohnlisten erfolgte, und ihren Ergebnissen wird später ausführlich die Rede sein.

Die Bearbeitung der Münchner Erhebung erschien im Druck als Nr. 10 der „Einzelschriften des Statistischen Amtes der Stadt München“.¹⁾ Es seien hier einige interessante Feststellungen herausgegriffen; weitere Angaben werden später zum Vergleich mit der Nürnberger Statistik von 1913 herangezogen werden. Von den Hausangestellten, auf die sich die Erhebung erstreckte, wurden nach ihren eigenen Angaben 56,7% durch Verwendung außerordentlicher Arbeitskräfte, wie Zuspringerinnen und Wäscherinnen, entlastet; nach den Angaben der Arbeitgeber betrug der Prozentsatz sogar 64,5. Aus den Angaben über die Art der Tätigkeit der Hausangestellten ist, wie zu erwarten war, nicht viel zu entnehmen. In 41,5% der Fälle wurde von den Arbeitgebern die farblose Bezeichnung „Dienstmädchen“ oder „Mädchen für alles“ gebraucht. Als Aufstehzeit wurde von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu 65,1 bzw. 77,3% die Zeit zwischen $\frac{1}{2}$ 6 und 6 Uhr angegeben, als Zeit der Arbeitsbeendigung in 39,0 bzw. 19,5% der Fälle die Zeit vor 8 Uhr, in 48,4 bzw. 41,9% der Zeitraum zwischen 8 und 9 Uhr abends. Die durchschnittliche tägliche Arbeitsbereitschaft betrug nach den Antworten der Arbeitgeber an Werktagen bis zu 14 Stunden, in 41,2% der Fälle und zwischen 14 und 15 Stunden in 43,9%, während sich aus den Angaben der Arbeitnehmer für die entsprechende Dauer die Prozentsätze von 17,5 und 31,2 und für eine Arbeitsbereitschaft von über 15 Stunden von 51,3% ergaben. Wie die Ansichten über die Dauer der Arbeitsbereitschaft sehr auseinandergehen, so ist dies auch hinsichtlich der Verwendung der Hausangestellten für den Geschäftsbetrieb der Arbeitgeber zu beobachten. Nach den Mitteilungen der letzteren hatten nämlich nur 118 (4,7%) für diejenigen der ersteren dagegen 242 (8,4%) für geschäftliche oder berufliche Zwecke Dienste zu leisten. So wichtig an sich die Erfassung der nebenberuflichen Tätigkeit und ihrer zeitlichen Ausdehnung vor allem hinsichtlich des Lohnes ist, hier versagte die Statistik und zwar mußte sie versagen, weil es Ansichtssache ist, ob im Einzelfall eine Beschäftigung, die nicht zur Hauswirtschaft gehört, vorliegt oder nicht. Im großen und ganzen hingegen kann man von der Erhebung von 1909 sagen, daß sie sich im wesentlichen auf Fragen beschränkt hat, die eine exakte, objektive Beantwortung erwarten ließen und daß durch sie für München ein wichtiger Einblick in die Arbeitsverhältnisse des Standes der Hausangestellten gewonnen wurde.

Eine Ergänzung zu dieser amtlichen Erhebung in volkswirtschaftlicher Hinsicht stellt eine im März 1914 in München durchgeführte Privat-enquete dar. Sie berücksichtigte insbesondere die Herkunft der Hausangestellten und ihren beruflichen Werdegang. Die erste Anregung zur Enquete war, wie in der sie betreffenden Veröffentlichung erwähnt wird²⁾, von dem Bearbeiter der Erhebung von 1909 ausgegangen. Wer eigentlich die zweite Erhebung unternahm und leitete, ist nicht ganz klar ersichtlich, jedenfalls wirkten bei ihr 13 Dienstbotenvereinigungen und 2 private Arbeitsnachweise mit. Es wurden insgesamt 2000 Fragebogen ausgegeben; davon sollten 1850 an 4 aufeinanderfolgenden Sonntagnachmittagen nach Maßgabe der Mitgliederzahl in den Versammlungsräumen der betreffenden Vereine, die übrigen 150 bei den Arbeitsämtern ausgefüllt werden. Die Ausfüllung wurde bei den Vereinen in 1442 (77,94%) und bei den beiden Arbeitsnachweisen in 125 (83,33%) Fällen bereitwillig vollzogen,

¹⁾ Fiad, „Die weiblichen Dienstboten in München“, München 1912.

²⁾ Müßner, „Die weiblichen Hausdienstboten in München“, Borna-Leipzig 1918.

im ganzen also in 1567 Fällen oder 78,35 v. H. Von den Fragebogen mußten bei der Bearbeitung 47 ausgeschieden werden, so daß der Untersuchung 1520 Fragebogen zu Grunde liegen.

Von besonderem Interesse sind die Angaben über die soziale Herkunft der Hausangestellten. Dabei wurde festgestellt, daß bei 944 (62,11 %) Hausangestellten die Eltern wirtschaftlich selbständig waren, ein Anteil, wie man ihn wohl nicht so hoch vermutet. Im ganzen gehörten 524 Eltern der Land- und Forstwirtschaft und 652 der Industrie an; also den beiden Berufsabteilungen zusammen 1176 oder 77,4 %. Die Angaben über die berufliche Ausbildung der Hausangestellten lassen kein günstiges Bild von der Lehrtätigkeit der Hausfrauen gewinnen; eine solche hat nach den gegebenen Antworten nur bei 11,64 % stattgefunden, während 52,5 % keinerlei hauswirtschaftliche Ausbildung genossen haben. Eine Haushaltungsschule haben 5,4 % besucht, einzelne Fächer der Hausarbeit dagegen hatten 30,46 % der Hausangestellten eigens gelernt. Ob der Anteil der Arbeitgeber an der hauswirtschaftlichen Ausbildung tatsächlich so gering ist, kann nicht ohne weiteres entschieden werden; jedenfalls ist die Beantwortung der Frage: „Hatten Sie während Ihres Dienstes Gelegenheit, einzelne Fächer besonders zu lernen und welche?“ stark von der subjektiven Auffassung der Befragten abhängig. Im übrigen bietet die Erhebung noch wertvolles Material über den Arbeitslohn und seine Steigerung seit 1881 und über die Geburtsorte der Hausangestellten. Diese Angaben werden später bei Gelegenheit der Darstellung der Nürnberger Verhältnisse mit zum Vergleich herangezogen werden.

Eine interessante Untersuchung, die sich allerdings auf die Löhne der häuslichen Dienstboten beschränkte, wurde vom Statistischen Amt der Stadt Berlin-Schöneberg für die Jahre 1904—1911 durchgeführt.¹⁾ Als Grundlage dienten Zahlblätter, die von der Abteilung für weibliche Dienstboten des städtischen Arbeitsnachweises ausgefüllt worden waren und zwar betrug deren Zahl für die Jahre 1904—1907 zusammen 6391, für 1908—1911 dagegen nur 3839, da die Benutzung des Arbeitsnachweises zurückgegangen war. Die Untersuchung stützt sich also auf ein umfangreiches Material. Die Löhne bewegen sich, wie betont wird, in sehr weiten Grenzen. Der höchste überhaupt festgestellte Jahreslohn betrug in den beiden Erhebungszeiträumen rund das 15fache des niedrigsten. Die Steigerung des rohen Durchschnittslohnes betrug von 1904—1907: 12 %, von 1908—1911: 11,6 %. Leider läßt sich nicht sicher beurteilen, ob diese Steigerung dem allgemeinen Durchschnitt entspricht, da der Arbeitsnachweis, wie in der Veröffentlichung mitgeteilt wird, verhältnismäßig wenig von Hausangestellten mit qualifizierten Leistungen und hohen Lohnforderungen aufgesucht wurde und ebenso verhältnismäßig selten von Mädchen, die noch nicht in Stellung waren, und besonders niedrige Löhne verlangten.

Eine ansprechende Monographie über „die Dienstboten in der Stadt Hannover“ hat das dortige Statistische Amt im Jahre 1912 veröffentlicht.²⁾ In dieser Abhandlung ist der ganze erreichbare Zahlenstoff zusammengetragen, der zur Schilderung der hannoverschen Dienstbotenverhältnisse irgendwie beitragen kann. Ein wichtiges Zahlenmaterial ergab sich insbesondere aus der Verarbeitung der auf Grund der Volkszählungspapiere von 1910 ausgestellten Zählkarten; außerdem leisteten die An- und Abmeldebücher der Polizeiverwaltung Hannover und die Geschäftsberichte sowie die Geschäftsbücher des dortigen städtischen Arbeitsnachweises wertvolle Dienste. Interessant ist die Feststellung über die finanzielle Lage der Haushaltungen mit Dienstboten. Es waren nämlich 85,9 % aller Haus-

¹⁾ „Vierteljahresberichte des Statistischen Amtes der Stadt Berlin-Schöneberg“, 1908, 2. Heft und 1911, 3. Heft.

²⁾ „Statistischer Vierteljahresbericht der Stadt Hannover“, 1912, Nr. 2.

haltungen mit Dienstboten in der Lage, über 500 Mark und 64,4%, sogar über 750 Mark für Miete ausgeben zu können. Das Alter der Dienstboten betrug in den verhältnismäßig meisten Fällen (19,3%) zwischen 19 und 20 Jahren; in Altersstufen zwischen 20 und 25 Jahren standen 30,5%. Von den Mädchen, die sich in der Zeit vom 1. April 1909 bis 31. März 1910 beim städtischen Arbeitsnachweis und bei der Stellenvermittlung der Frauen- und Hausgehilfenvereine in Hannover meldeten, waren 24,6% in der Stadt selbst beheimatet. Davon stammte ein sehr großer Teil aus früher selbständigen Vororten, also nicht aus der eigentlichen Stadt. Zum Schluß sei noch erwähnt, was auf Grund der Untersuchung über die Löhne festgestellt wird: Der Lohn nimmt in sehr mäßigen Stufen mit dem Alter der Mädchen zu. Er bewegt sich nach der Meinung des Verfassers im allgemeinen — da nur selten ein hohes Berufsalter erreicht wird, weil die Hausangestellten verhältnismäßig früh ihren Beruf zu verlassen pflegen — in engen Grenzen und zwar in Hannover überwiegend zwischen 15 und 20 Mark im Monat. Die Löhne in Berlin-Schöneberg waren wohl zur gleichen Zeit etwas höher. Sie bewegten sich im großen und ganzen zwischen 20 und 25 Mark im Monat. Für die höhere Bezahlung spielt, wie bereits erwähnt, das Alter der Hausangestellten eine ziemlich ausschlaggebende Rolle. Höhere Bewertung der Leistungen wird ja im allgemeinen nur auf Grund längerer Dienstzeit erlangt werden. Dem glauben wir noch hinzufügen zu sollen, daß die Einordnung der Hausangestellten in besondere Arten, wie Hausmädchen, Stützen usw. unserer Ansicht und Erfahrung nach von sehr problematischem Wert ist, da nicht selten die Bezeichnung eines Postens sich in keiner Weise mit der Art der Tätigkeit deckt.

Eine technisch geschickt angelegte Dienstbotenerhebung wurde in Halle vom dortigen öffentlichen Arbeitsnachweis in der Zeit vom 1. April 1912 bis 31. März 1913 durchgeführt und vom Statistischen Amt der Stadt verarbeitet.¹⁾ Die Zählblätter, die für alle in dieser Zeit im öffentlichen Arbeitsnachweis Stellung suchenden weiblichen Hausangestellten ausgefüllt werden mußten, wurden von einer Schalterbeamtin nach Befragung der einzelnen Hausangestellten ausgestellt. Diese Methode hatte, da die Zählkarten von einer älteren, erfahrenen Frau geschrieben wurden, den großen Vorteil, daß die Antworten individuell rasch auf die Vertrauenswürdigkeit und Vollständigkeit hin geprüft und etwaige Rückfragen zur Behebung von Zweifeln gestellt werden konnten. Dabei wurden alle im Dienstbuch vorhandenen Angaben mit den mündlich gemachten verglichen. Die Fragen des Zählblattes waren nicht sehr zahlreich. Sie betrafen insbesondere die Fertigkeit im Kochen, die Dauer des Arbeitsverhältnisses, den Lohn, den Geburtsort, die Körpergröße und die Art der Ausbildung. Ferner war auch noch gefragt, ob die Hausangestellte Angehörige besitze. Das Ergebnis dieser fortschreibenden Zählung ist in der erwähnten Broschüre ausführlich dargestellt. Es wurden im ganzen 2426 Zählblätter verarbeitet; bei einem ungefähren Bestand von rund 5000 Hausangestellten eine beträchtliche Anzahl. Der Monatslohn betrug bei $\frac{2}{3}$ aller beim Arbeitsnachweis stellesuchenden Hausangestellten nicht mehr als 15 Mark, er stand also unter den Löhnen in Hannover, noch mehr unter denen in Schöneberg. Der Grund für den verhältnismäßig niederen Lohn scheint darin zu liegen, daß sich unter den Hausangestellten besonders viel Jugendliche befanden. Es war nämlich $\frac{1}{3}$ der Dienstboten nicht älter als 16 Jahre und bedeutend über die Hälfte nicht über 18 Jahre. 22% waren noch nicht im Dienst gewesen. Die durchschnittliche Dauer eines Arbeitsverhältnisses betrug 10 Monate. Erwähnenswert ist noch die Tatsache, daß Lösung des Dienstverhältnisses durch die Herrschaft nur in 7% aller Fälle festgestellt wurde.

¹⁾ Sigerus, „Die Dienstbotenerhebung in Halle“, Heft 29 der „Beiträge zur Statistik der Stadt Halle“, 1914.

In der Abhandlung wird verschiedentlich auf eine umfangreiche Enquete der österreichischen Stadt Graz Bezug genommen, deren Ergebnisse in Heft 1 der „Veröffentlichungen des statistischen Seminars der Universität Graz“ unter dem Titel „Die städtischen Hausdienstboten in Graz“ 1903 dargestellt worden sind. Nach den in den „Beiträgen der Stadt Halle“ gemachten Angaben wurden in Graz hauptsächlich folgende Momente erhoben: Alter, Lohn, Stand im Beruf, Dauer der Arbeitslosigkeit, Familienstand usw. Es wurden also im wesentlichen Fragen gestellt, deren Beantwortung im allgemeinen keiner Beeinflussung durch Subjektivität ausgesetzt war. Die Einteilung der Hausangestellten nach einer größeren Anzahl von besonderen Tätigkeiten — es wurden im ganzen 15 Berufsbezeichnungen festgestellt — scheint uns allerdings eine gewisse Gefahr in sich zu bergen, daß falsche Angaben gemacht werden. Unseres Erachtens kann mit einiger Sicherheit höchstens eine Unterscheidung zwischen den Hausangestellten in Vertrauensstellungen und denen in weniger gehobener Stellung gemacht werden.

Eine von den bisher genannten Methoden verschiedene Erhebungsart wurde von der Nürnberger Statistik für das Jahr 1913 angewendet. Es wurden nämlich, an Hand der Lohnlisten zur Einkommensteuerveranlagung für 1914 — der Stichtag für die Veranlagung war der 1. Oktober 1913 — für alle bei ihrem Arbeitgeber wohnenden Hausangestellten die dort gemachten Angaben herausgeschrieben. Dies geschah, nachdem vorher die Genehmigung des Staatsministeriums der Finanzen eingeholt worden war, durch Beamte des statistischen Amtes in den Räumen des Rentamtes. Auf Grund dieser Aufzeichnungen wurde dann vom statistischen Amt für jeden einzelnen Hausangestellten folgendes Zählblättchen ausgefüllt:

Lohngeber: Name:		Stand:	
Wohnung:		straße — gasse — platz Nr.	
Dienstbote: Männlich — Weiblich		Statist. Bez.	
Name:		Heimat:	
Geburtszeit:		Geburtsort:	
Dienstliche Stellung:			
Wohnung: — ledig — verh. — verw. — gesch. —			
Prot. — kath. — isr. — sonst. — Stand d. Vat. ev. d. Mutter			
Barbezüge M; für welchen Zeitraum?			
Naturalienanschl.: M: f. Wohnung, Kost, Licht, Beheizg., Kleider.			
Bemerkungen:			

Außerdem wurde noch auf dem Zählblatt neben dem Wort „Lohngeber“ die Religion des Lohngebers, die Kopfzahl der Haushaltsangehörigen und besonders die Zahl der im Alter unter 14 Jahren stehenden Personen vermerkt. Dagegen wurde die Heimat und der Stand des Vaters ev. der Mutter nicht, wie es ursprünglich vorgesehen war, auf dem Blättchen verzeichnet, da sich dem größere Schwierigkeiten entgegenstellten. Die Ergebnisse dieser Erhebung werden im Folgenden eingehend besprochen.